

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein- gefasst 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellen- gesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzplanen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. B.: Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 93

Dresden, Mittwoch, 22. April

1925

Die Regierungserklärung des Kabinetts Painlevé.

Ein demokratisches Programm mit den Grundsätzen der Politik Herriots.

Paris, 21. April.
Ein Teil der französischen Presse glaubte noch heute morgen verfahren zu können, daß die Regierungserklärung des Kabinetts Painlevé weitgehende Zugeständnisse an die Opposition enthalten werde. Tatsache ist aber, daß das Programm, mit dem sich das Ministerium Painlevé heute den beiden Häusern des Parlaments vorgestellt hat, ein demokratisches Programm im besten Sinne des Wortes ist, das sich mit Ausnahme des Streites um die Befähigung am Balkan von der Einführung der französischen Gesetzgebung in Elsaß-Lothringen reißlos die Grundsätze der Politik Herriots zu eigen macht.

Die Erklärung weist in ihrer Einleitung auf die beiden Hauptprobleme hin, deren Lösung sich das Ministerium zum Ziele gesetzt hat: die Sicherheitsfrage und die Sanierung der Finanzen.

Daß Frankreich sieben Jahre nach einem gewonnenen Kriege sich noch mit Schwierigkeiten dieser Art heimsuchung sehen muß, ist gewiß eine schmerzliche Enttäuschung, aber das Ministerium hält es für seine Pflicht, den Tatsachen offen ins Auge zu sehen. Die Hoffnung, volle Wiedergutmachung für alle erlittenen Schäden zu erhalten, die an der Realität der Dinge gescheitert sei, habe die früheren Regierungen manche wertvolle Lösung ableiten lassen, die jeder neue Ausschub nur vergrößert habe.

Zwischen habe das französische Volk, der ewigen Bestrebungen mächtig, seinen souveränen Willen dahin kundgegeben, daß es den Frieden und die Sicherheit auf dem Wege der Wahrung der Verträge und die Festigung der Wirtschaft durch Gerechtigkeit auf dem Gebiete der Steuer- und Finanzpolitik wolle.

Diese Forderungen, die die letzte Meinungsänderung der Wählerchaft zum Ausdruck gebracht habe, seien die Richtlinien für die Politik des vorangehenden Ministeriums gewesen; sie würden auch für die Politik des neuen Kabinetts maßgebend sein. Für ihre Verwirklichung erachtet die Regierung auf die Unterstützung aller Bürger, denen das nationale Interesse über den Partei und dem eigenen Vorteil stehen.

Aber die auswärtige Politik des neuen Kabinetts geht es in der Regierungserklärung: In den bevorstehenden internationalen Verhandlungen wird die Regierung in erster Linie die weitere Durchführung des Dawes-planes

und die Regelung des Problems der inter-alliierten Schulden

betonen. Darüber hinaus wird es ihr oberstes Ziel sein, die Garantien für den Frieden und die Sicherheit zwischen den Völkern zu vervollständigen, die noch vor kurzem hart und instabil in der Grenzlinie einander gegenüberstanden haben. In unentwegter Treue gegenüber allen seinen Verbündeten, gerecht und friedlich gegen alle Völker, hat Frankreich den aufrichtigen Wunsch, dazu beizutragen, der Welt den Frieden und die Ruhe zu geben, deren diese so notwendig bedarf.

Die erste Bedingung für einen dauerhaften Frieden sei allerdings, daß Frankreich selbst in Sicherheit leben könne. Sicherheit, Schiedsgerichtsbarkeit und Entwaffnung, das seien die drei Hauptpfeiler, auf denen das Genfer Protokoll, der erste Entwurf eines großen internationalen Friedensvertrages, aufgebaut sei. Die neue Regierung werde an diesen drei Grundpfeilern festhalten mit dem doppelten Ziele, einmal das Einverständnis mit den alliierten Nationen aufrechtzuerhalten, die

im Kriege verbündete Frankreich gewesen sind, dann aber, in vollem Einverständnis mit dem von allen ehemaligen Frontkämpfern ausgesprochenen Wunsche, das Werk, die Autorität und die Organisation des Völkerbundes zu entwickeln, diesem dem Beitritt aller Staaten zu sichern und so die Wiederherstellung der Nationen vorzubereiten, ohne welche die gesamte europäische Zivilisation zugrunde zu gehen drohe.

Die glückliche Lösung dieses außenpolitischen Problems werde in weitgehendem Maße die von dem Lande geforderte Erleichterung der militärischen Lasten bezählig, deren Verwirklichung die Regierung mit vollem Nachdruck betreiben werde.

Das Finanzprogramm enthält an erster Stelle das formale Ver-

Die Börsenvorstände zur Aufwertungsfrage.

Berlin, 21. April.
In der Industrie- und Handelskammer Berlin fand unter Beteiligung der zuständigen Reichs- und Staatsbehörden eine Versammlung der deutschen Börsenvorstände statt, die sich mit den aus dem Entwurfe des Aufwertungsgesetzes zu erwartenden Folgen für die Anteilhaber und den Börsenverkehr befaßte.

Referent Leopold Werbach, Frankfurt a. M., führte aus, daß die unterschiedliche Behandlung von Alt- und Neubestij

dem Charakter des Inhaberpapiers widerspreche. Für die Länder und Kommunen sei noch keine endgültige Regelung vorgelegen. Die Bedrohung von Mißbehj habe mit sozialen Rücksichten nichts zu tun. Banktechnisch sei die Aufgabe nicht zu lösen. Der Gedanke der Trennung fuße auf der Abneigung gegen die Spekulation, die jedoch mit dem Spiel verwechselt werde, während die vollwirtschaftlich nähere Spekulation zur Unterbringung größerer Anleihen nicht zu entbehren sei.

Durch die Entzerrung der Neubestij werde die Möglichkeit zur Aufnahme neuer Anleihen in Zukunft vergrößert.

Unter der Voraussetzung der Aufgabe der Trennung von Alt- und Neubestij machte der Redner einen positiven Vorschlag, für den die vorgeschlagene 5prozentige Aufwertung und die jährliche Leistung von 100 Millionen Reichsmark bis zur Tilgung der Anleihen voranzugeht wird. Die Befürworter der Anleihen, deren Höhe der Redner für die Schulden des Reiches und der Länder auf 3,2 Milliarden schätzte, sollten auf jegliche Verzinsung verzichten und ihre Entschädigung in der möglichst raschen Tilgung der Anleihen finden, die auf etwa 15 Jahre gegenüber den 40 Jahren nach dem Regierungsentwurfe zu benehnen sei.

Von seiten der Vertreter der Börsen in Stuttgart Geh. Rat Fischer, in Hamburg Geh. Rat Seligmann, in München Weinberger, in Mannheim Goldschmidt sowie von Dr. Wosker von der Diskontogesellschaft, von Bankier Pohl von der Firma Harby & Comp. und von Rechtsanwalt Bernheim vom Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes wurde den Ausführungen des Referenten zugestimmt und eine Unterscheidung zwischen Alt- und Neubestij vom banktechnischen Standpunkte aus für undurchführbar erklärt.

Geh. Rat Norden vom Reichsfinanzministerium legte noch einmal den Standpunkt der Regierung dar und betonte, daß eine Abneigung gegen eine sich in vernünftigen Grenzen bewegende Spekulation nicht bestche. Er

sprechen, daß der Haushaltsplan für das Jahr 1926 durch Streichung aller überflüssigen Ausgaben ins volle Gleichgewicht gebracht werde und der Anleihepolitil ein für allemal ein Ende gemacht werden soll.

Die Regierungserklärung spielt sodann auf die Ursache der augenblicklichen Krise an und gibt der Überzeugung Ausdruck, daß es der Regierung gelingen werde, sie mit Hilfe des Parlaments und des Landes zu überwinden. Erst dann werde die endgültige Finanzreform in Angriff genommen werden können, die neue schwere Opfer von allen fordern werde. Bestimmte Angaben über die Absicht der Regierung auf diesem Gebiete enthält die Erklärung nicht. Sie beschränkt sich auf einen Appell an die Opferwilligkeit und Mitwirkung aller Schichten bei dem

Beste eine bessere Regelung der Abfindung für die K-Schapanweisungen in Aussicht und hob zur Bewusstmachung der Einwände wegen der banktechnischen Durchführung des Umtausches hervor, daß die Forderungen so einfach wie möglich gestaltet werden sollen.

Der Vorsitzende des Aufwertungs-ausschusses Dr. Steiniger versprach, dem Ausschusse über den Verlauf der Versammlung Bericht zu erstatten und bemerke für sich persönlich, daß er auf Grund der Ausführungen der verschiedenen Redner seine Ansichten über die Aufwertungsfrage und das Wesen der Spekulation in diesem Zusammenhange zu korrigieren genötigt sei.

Zum Schluß gelangte einstimmig eine Entschließung

zur Annahme, in der es u. a. heißt: daß die Vorstände der deutschen Wertpapierbörsen mit der Reichsregierung in dem Grundgedanken des Entwurfs der Papiermarktanleihe des Reiches und der Länder durch eine Abfindungsanleihe einverstanden sind und auch den Plan der Gewährung einer Zinsvergütung durch eine Rente an die wirtschaftlich Schwachen billigen. Sie wännen jedoch bei der Ausführung dieser Anleihe vor neuen Ungerechtigkeiten und der Verletzung allgemeiner Interessen und verworfen deshalb die verschiedenen Verhandlungen von Alt- und Neubestij. Abgesehen von der technisch kaum zu leistenden Arbeit durch die Banken, wäre sie durchaus ungerecht, weil Alt- und Neubestij keineswegs gleichbedeutend sei mit Besitz der bedürftigen und Wohlhabenden. Andererseits sei sie auch mit dem Wesen der Anleihen als Inhaberpapier und den Grundätzen der börsenrechtlichen Regelung und der Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel, auf die sich die Erwerber von Anleihen verlassen haben. Deshalb würde ein solcher Vorgang das Vertrauen zu den deutschen Staatsanleihen aufs härteste erschüttern und die notwendige Unterbringung künftiger Anleihen ernsthaft gefährden und demnach Schutz und Hebung verlangenden Ansehen Deutschlands im Ausland einen kaum erträglichen Schlag zufügen.

Dringende Bedenken seien gegen die Aufwertungsentschlüsse für die K-Schapanweisungen, die Zwangsanleihe und die Sparprämienanleihe geltend zu machen. Die Vorstände der deutschen Wertpapierbörsen erheben deshalb im Namen der durch sie vertretenen Wirtschaftskreise entschiedenen Widerspruch gegen den Aufwertungsentswurf, betonen aber gleichzeitig, daß sie die Regierung in der Durchführung der zweckmäßigen, den berechtigten Wünschen Rechnung tragenden Abfindung zu unterstützen bereit sind.

unausschießbaren Sanierungswert, das die Regierung im Geiste demokratischer Steuer- gerechtigkeit vorbereite.

In der Frage des Vatikan

erklärt die Regierung, daß sie dem erbitterten Streit, der das Land zu spalten drohe, ein Ende zu machen wünsche, indem sie einen mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Beamten in Rom belöhnt. Auf der anderen Seite werde sie aber die Achtung vor der Laiengesetzgebung unter allen Umständen durchzusetzen wissen.

In der Angliederung Elsaß-Lothringens

auf dem Gebiete der Verwaltung und Gesetzgebung werde es das Bestreben des Ministeriums sein, alle unnötigen Reibereien zu vermeiden und, den wohlverordneten Rechten der elsass-lothringischen Bevölkerung Rechnung tragend, das Werk der Anpassung organisch fortzuführen.

Auf dem Gebiete der inneren Politik sehe sich die Regierung mit Rücksicht auf die Finanzlage zu ihrem Verhalten genötigt, auf kostspielige soziale Reformen zu verzichten. Um so nachdrücklicher werde sie dagegen das Werk der Demokratisierung und des sozialen Fortschritts fortzuführen, das unerlässlich sei, um eine Atmosphäre nationaler Eintracht zu erzeugen und in den Massen der wirtlichen Bevölkerung nicht das Gefühl aufkommen zu lassen, daß sie in einer Zeit, wo das Leben des Arbeiters besonders hart und schwer ist, von den öffentlichen Gewalten vernachlässigt werden. Deshalb werde die Regierung die Verabschiedung des Sozialversicherungsgesetzes im Senate mit allen Mitteln beschleunigen, das Koalitionsrecht stärken, die Wiedereinstellung der Eisenbahner betreiben und die Durchführung des Achtstundentages gemäß den Bestimmungen des Washingtoner Abkommens sichern. Die Regierungserklärung schließt mit der an das Parlament gerichteten Aufforderung, zunächst die Taten der neuen Regierung abzuwarten und sie danach zu beurteilen; wenn jedoch das Parlament glaube, dem Kabinett kein Vertrauen entgegenbringen zu können, so möge es das Schicksal des Landes unverzüglich einer anderen Regierung anvertrauen, da die gegenwärtige Lage keinen Ausschub dulde.

Die Kammerführung. Scharfe Angriffe auf Callaux.

Paris, 21. April.
Seit vielen Jahren herrschte kein solcher Andrang zu der Kammerführung wie heute. Von der Kammer bis zu der Konferenzsäule hatten Hunderte Auffassung genommen in der Hoffnung, während der Sitzung noch Einlaß zu finden. Kurz nach 3 Uhr strömten die Abgeordneten in den Sitzungssaal. Als der ehemalige Ministerpräsident Herriot erschien, erhob sich die gesamte Linke und brachte ihm stehend minutenlang eine härmliche Guldigung dar; es erönte der Ruf: So lebt Herriot! Wenige Minuten darauf erfolgte der Eintritt des neuen Ministeriums. Painlevé bestieg die Tribüne, um von der ministeriellen Erklärung Kenntnis zu geben. Noch selten dürfte in einem Parlament die programmatische Erklärung der neuen Regierung lärmischer unterbrochen worden sein. Wiederholt unterbrachen Abgeordnete der äußersten Rechten den Ministerpräsidenten, indem sie auf Callaux zeigten und sich in beleidigenden Zurufen ergingen. So vernahm man wiederholt: Nieder mit Callaux. Seine Ernennung ist eine Beleidigung der Gefallenen! Als Painlevé von der Beibehaltung des Vizepräsidenten beim Vatikan sprach, rief die Opposition lebhaften Beifall; einzelne ihrer Mitglieder riefen: „Jawohl, das ist der Camofapan!“ Auch die Erwähnung von Elsaß-Lothringen rief bei der Opposition ironischen Beifall hervor. Im weiteren Verlauf der Sitzung mußte der Ministerpräsident wieder-